

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1^{IV} Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 23

Sonnabend, den 4. Juni 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zugzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung oder betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Gesperrt:

Grabsteingeschäft Reiner, Augsburg-Pfersee. Brier bei Breslau (die Betriebe G. Wildner und Gr.lich). Firma Kuhn, Kalkberge (Hüdersdorf). Der Pflastersteinbetrieb Oberbettingen (Eifel). Der im Christl. Verband organisierte Geschäftsführer sucht in der Pfalz nach willigen Arbeitskräften.

Streik:

In Frankfurt a. O. (Stabmalbranche). In Essen (Steinwerke Jaminet). In Schleis (Firma Aug. Nebel Nachfolger.) In München. In Oldenburg und Umgebung.

Ausgesperrt wurden die Kollegen in Kunkirchen, aus Anlaß der Feuerungszulagen-Bewegung in der bayrischen Hartsteinindustrie. (Siehe Artikel in Nr. 21.) Im Leunawerk b. Halle sperrten die Bauarbeiter sämtliche Bauarbeiter aus, weil die Bauarbeiter in einigen Orten der Provinz Sachsen sich der Lohnaufkündigung der Arbeitgeber nicht anschlossen. Der Steinmetzmeister Schenker aus Leipzig macht diesen „Krieg“ mit und sperrt auch die Steinmetzen, die im Leunawerk beschäftigt sind, aus.

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik nach Naumburg, Sa. Horn; nach Schreiberhau (Niesengeb.), Breslau, Stuttgart.

Schiefergebiet Steinach S.-M. Für die Handgriffelmacher wollten die Firmen die Akkordsätze, die im Vorjahre in der allerbesten Geschäftslage zustande gekommen, um „dreißig Prozent“ herabsetzen. Seit Wochen wird nun über eine Akkordregulierung verhandelt. Die Arbeiterschaft lehnte natürlich eine solche Herabsetzung ab, sie überläßt die weiteren Maßnahmen in der Angelegenheit den Verbandsfunktionären. Die Firma Mohr u. Wöhrer kann überzeugt sein, daß sich die Kollegenschaft in gar keiner Weise provozieren läßt.

Ausland. Die Firma Stoer in Aulau (Elsaß) ist unbedingt zu meiden. Unseren Kollegen ist überhaupt von Arbeitsangeboten nach dem Elsaß dringend abzuraten.

Erledigte Bewegungen.

In Felsberg wurde der Streik der Schotterarbeiter beendet, der Stundenlohn erhöht.

Münster. Für die Marmor- und Kalksteinbetriebe wurde vorm Schlichtungsausschuß eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern getroffen, die eine mäßige Lohnerhöhung vorsieht.

Juramarmorgebiet. Der Schlichtungsausschuß Schwabach sprach den Marmorarbeitern ganze 5 Prozent Lohnerhöhung auf die derzeitigen Löhne, ab 21. Mai 1921, zu. Bis zum 6. Juni haben sich beide Parteien zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen.

Schleif- und Schleifsteinbetriebe. Für die Schleifsteinbetriebe wurde das bisherige Lohnabkommen, rückwirkend ab 21. März 1921, mit einer geringen Lohnaufbesserung, am Schlichtungsausschuß Sonnenberg erneuert.

Lithographiesteinmetze. In Hofen u. Umg. Am Landesvereinigungsamt Nürnberg fanden erneut Verhandlungen über den Schwabacher Schlichtungsausschuß-Entscheid statt, die zu einer Vereinbarung führten. Die Lohnsätze des bisherigen Tarifes wurden neu reguliert und für die Ledigen geringer, für die Verheirateten etwas mehr erhöht.

Lübeck. Nach fünfwöchentlichem Streik wurde die Arbeit am 24. Mai wieder aufgenommen. Steinmetzen erhalten Stundenlohn 7.— M., Schleifer 6.90 M., Hilfsarbeiter 6.40 bis 6.60 M. — Der dreijährige Urlaub wird nach 1 Monat der Arbeitsaufnahme in Geld entschädigt. — Bei Arbeitsangeboten nach hier wollen sich die Kollegen an die Zahlstellenverwaltung wenden.

Bremen. Unsere Lohnbewegung für Steinmetzen konnte zum Abschluß gebracht werden. Der Stundenlohn beträgt 9.— M.

Der Sinn der Gewerkschaftsorganisation.

„Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“ Dies Dichterwort findet in der Gewerkschaftsbewegung seine volle Bestätigung. Der einzelne Arbeiter gleicht dem vom Winde hin- und hergeworfenen Strohalm, erst der Zusammenschluß führt die Einzelkraft zur gemeinsamen Kraftauswirkung und die Menschen durch die Organisation höheren Zwecken und Zielen entgegen. Erst der Zusammenschluß gibt Vollmacht und Stärke, erst die Organisation vereint die Einzelkräfte im Stromlauf gemeinsamer Betätigung.

Seit dem November 1918 sind die Arbeiter und Arbeiterinnen millionenfach in die Gewerkschaften getreten. Und verstehen wir es uns nicht: Sie kamen in ihrer großen Mehrheit zur Gewerkschaft nicht aus vollkommener, innerer Ueberzeugung — dazu hätten sie schon vor dem Weltkrieg Zeit und Gelegenheit gehabt —, vielmehr war es das dumpfe Gefühl, daß der gemeinschaftliche Zusammenschluß ihnen materielle Vorteile bringen sollte. Die rauhe Notwendigkeit der Organisation hatten sie dem Kriege und der Kriegsführung abgelernt und nun glaubten sie, dieses rohe Organisationsprinzip, auf die Gewerkschaft übertragen, ihren materiellen Absichten nutzbar machen zu können.

Wer bei Eintritt in die Gewerkschaft nur dies eine Ziel — die materielle Verbesserung seiner Lebenslage — anstrebt, der ist in seinem Entwicklungswert noch klein und bescheiden, er hat gerade erst die Anfangsgründe des gewerkschaftlichen Organisationszweckes begriffen. Ganz gewiß enthält das Programm jeder Gewerkschaft das Streben nach materieller Besserstellung der Arbeiterschaft. Dafür hat sie gekämpft und gelitten seit ihrem Bestehen. Aber nie darf außer acht gelassen werden, daß dieser gewiß anerkanntswerte und gute Zweck nicht alleiniger Selbstzweck der Gewerkschaft ist. Die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft ist ein erstrebenswertes

Ziel und der Gewerkschaftskampf gegen die kapitalistische Ausbeutung eine unbedingte Notwendigkeit, sie ist jedoch, genau betrachtet, nur die vorausschauende Vorarbeit für Besseres und Höheres; der Endzweck der Bewegung besteht in der Erhebung des Menschen zum höchsten Ziel, zu einem freien, berechneten Menschentum. Das ist der Sinn der Gewerkschaft!

Ein Arbeiter, der notdürftig aus der Hand in den Mund lebt, der sich in steter Sorge befindet um des täglichen Daseins Notdurft, wird vom rauhen Schicksal zermürbt, das stete Elend degradiert ihn zur Latenz- und Kraftlosigkeit. Der Arbeiter dagegen, der befürdert besser gestellt ist, gewinnt an Selbstvertrauen und Mut und wird höherem Streben zugänglich. Und mit seiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft, die ihn stützt und seinen Mut fördert, wächst sein Selbstvertrauen und damit sein Unmut gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ihn bisher zum willenlosen Sklaventum degradiert hatten. Seine Seele reißt sich höheren Zielen entgegen, er strebt dem echten Menschentum zu.

Und nicht allein die Verbesserung seiner Lebenslage befähigt den Arbeiter zu höherem Streben. Dazu gehört auch vor allen Dingen Zeit. Wer in der Kreismühle der Tagesarbeit von früh bis spät sich abradert — und sei es auch bei leidlichem Lohn —, dessen Seele verkrüppelt dennoch, weil ihr Zeit und Muße fehlt zur Erholung. Deshalb streben die Gewerkschaften seit jeher die Verkürzung der Arbeitszeit an. Einerseits, weil verkürzte Arbeitszeit das Streben nach höheren Löhnen wirksam unterstützt, indem sie die Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft steigert, andererseits um dem Arbeiter Zeit zu verschaffen, sein kümmerliches Wissen zu vertiefen und ihn so zur Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu führen, ihn zu einem folgerichtig denkenden Menschen zu machen. Und so wurde Viertelstunde um Viertelstunde dem Moloch der Ausbeutung aus dem Rachen gerissen und die Arbeitszeit von Jahr zu Jahr verkürzt, bis dann die Revolution allen Arbeitern den Achtstundentag brachte.

Diese Vorarbeiten waren eben nötig, um die Voraussetzungen zu höheren Zielen zu schaffen. Wer nur des materiellen Vorteils halber der Gewerkschaft angehört, der hat den echten Sinn der Gewerkschaftsbewegung noch nicht begriffen. Er hat alle Ursache, sich mit dem Endzweck der Gewerkschaftsorganisation vertraut zu machen, er darf die Gewerkschaft nicht betrachten, sondern ganz gewiß berechtigten Standpunkt nach wirtschaftlicher Besserstellung sondern vor allem vom Standpunkt der proletarischen Gemeinheitspflicht, mit dem Endziel der Befreiung der Arbeit aus der Kapitalistensklaverei und der Erhebung jedes Menschen zu wahrer Kultur, zu reiner Herzgenussfreude, für ein freies Menschentum!

Das ist der Sinn der Gewerkschaft. Jene, die bisher nur aus materiellen Gründen der Gewerkschaft angehört, mögen aus diesen Zeilen die Zusammenhänge ziehen. Ihr seid mit einem an und für sich gefunden und berechtigten Verlangen der Gewerkschaft beigetreten. Begreift aber, daß die materielle Besserstellung wohl etwas Notwendiges, aber noch lange nicht der wahren Lebensgüter Höchstes ist. Und strebt aus der materiellen Enge auf zur idealen Höhe, die euch der wahren Menschheit Pfad weist und wobei euch die Organisation Helfer und Wegbereiter ist. Das begreift mit vollem Herzen. Denn euch zum echten, befreiten Menschen zu führen, das ist der Sinn der Gewerkschaftsorganisation! Darum pflegt sie und strebt in ihr und mit ihr dem hohen Ziele zu, dann wird sich auch an jedem einzelnen von euch bewahrheiten das Dichterwort: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken!

Die deutschen Arbeitgeberverbände im Jahre 1920.

Der Zusammenschluß des Unternehmertums, der, wie wir bereits berichtet haben, weitere Fortschritte macht, hat im Jahre 1920 eine steigende Entwicklung aufzuweisen. Nach dem im April 1921 erschienenen Jahresbericht der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben sich die Organisationen der Unternehmer im Jahre 1920 nicht nur äußerlich erweitert, sondern auch innerlich vervollkommnet. Die zentrale Organisation des Unternehmertums, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der die meisten Arbeitgeberverbände angehören, konnte die Zahl der ihr unmittelbar angeschlossenen Verbände im Jahre 1919 von 130 auf 200 erhöhen. Die Zahl der Unterverbände, die in einem loseren Verhältnis zur Zentrale stehen, stieg von 575 auf 1591. Diese Verbände umfaßten am Schluß des Jahres 1920 rund 100 000 Betriebe; gegenüber 52 583 Betrieben am Schluß des Jahres 1919. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter vermehrte sich von rund 4 Millionen auf rund 8 Millionen.

Die Organisationen der Unternehmer sind, wie Dr. Müller in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 198 vom 29. April 1921) schreibt, nicht so überschüssig wie die der Arbeitnehmer. Neben dem Reichsverband für die deutsche Industrie besteht seit dem 18. Juni 1920 ein Zentralausschuß der Unternehmerverbände, der wohl alle bedeutsamen Unternehmerorganisationen, die sich irgendwie mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, umfaßt. Sowohl der Reichsverband für die deutsche Industrie als auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sind Mitglieder dieses Zentralausschusses, der demnach die oberste Spitze der Unternehmerverbände darstellt. Die Arbeiter haben eine gleichartige Organisation nicht aufzuweisen, da ihre Vereinigungen sich scheiden in sieben Gruppen, von denen einige zwar von Fall zu Fall zusammenwirken, für die aber eine Zusammenfassung, die dem Zentralausschuß der Unternehmerverbände entspricht, nicht vorhanden ist. Bei der von diesen verschiedenartigen Unternehmerorganisationen vorgenommenen Arbeitsteilung ist auf die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Aufgabe entfallen, „die sozialpolitischen Bedürfnisse der Arbeiterschaft zu vertreten“. Während andere große Unternehmerorganisationen wirtschaftliche und sozialpolitische Zwecke zu gleicher Zeit zu erfüllen versuchen, beschäftigt sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nur mit solchen Fragen der Sozialpolitik. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaften wird dabei anerkannt, doch wird in dem Geschäftsbericht für 1920 ausdrücklich auf die Mißstimmung vieler Arbeitgeberkreise gegen die Arbeitsgemeinschaften hingewiesen. Es wird zwar betont, daß die führenden Kreise der Arbeitgeberverbände an dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaften nach wie vor festhalten, aber „ohne sich auf die Form dieser Gemeinschaften, die wie alles im sozialen Leben wandelbar ist, für alle Zukunft festzulegen“. Die Arbeitsgemeinschaften erfahren im Lager der Arbeitgeber ungefähre die gleiche Beurteilung wie im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.

Streitversicherung der Arbeitgeber. Für die Durchführung der Streitversicherung, die noch ein ungeklärtes Problem darstellt und bisher nur wenig Verbreitung gefunden hat,

bestehen einige mit den Arbeitgeberverbänden in Zusammenhang stehende Organisationen. Für diese bedeutet, wie Dr. August Müller in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 198 vom 29. April 1921) schreibt, das Jahr 1919 eine starke Belastung, da in dem genannten Jahre nicht weniger als 43,6 Millionen Arbeitstage verloren gegangen sind. Infolgedessen hatten die Streitversicherungsverbände im Jahre 1919 Summen auszugeben, die alle in früheren Jahren für diese Zwecke erforderlichen Zahlungen übertrafen. Der deutsche Industrieversicherungsbund (Stb. Dresden) mußte 910 000 M. Entschädigung an seine Mitglieder zahlen gegenüber insgesamt 1 157 000 M. in den vorhergehenden 13 Jahren seines Bestehens. Trotzdem brauchte der Verband seine Rücklage nicht anzugreifen, er behielt sogar sein flüssiges Vermögen von nahezu 8 Millionen Mark, erhöhte aber im Jahre 1920 seine Beiträge. Die Streitversicherungsgesellschaft der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände war jedoch genötigt, im März 1920 ihre Liquidierung zu beschließen. Sie führte ihre Mitglieder auf Grund eines besonderen Abkommens dem oben erwähnten Deutschen Industrieversicherungsbund zu. Später entschloß sich aber die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände mit einer anderen bestehenden Organisation, der Zentrale für Streitversicherung, ein neues Versicherungsunternehmen, den Deutschen Streikschuß, zu gründen. Dieser besteht seit Frühjahr 1920 und wirkt nun als ein Konkurrenzunternehmen des Deutschen Industrieversicherungsbundes.

Psychotechnik.

Deutschland muß ein großes Arbeitshaus werden, wenn wir das alles bezahlen sollen, was die Entente von uns fordert. Da es nur Produktionsleistungen sein können, werden die Arbeiter das schaffen müssen. Und da die Arbeiter sich schon dafür bedanken werden, Lasten allein auf sich zu nehmen und die Folgen einer Politik zu tragen, die sie nicht gewollt haben, muß jede Regierung in Deutschland auf absehbare Zeit mit der Arbeiterfrage bernünftig fertig werden.

Aber es genügt nicht nur, den Menschen als Arbeitskraft zu bewirtschaften, sondern die Arbeit selbst muß unter den neuen Bedingungen untersucht werden. Die Arbeitswissenschaft haben wir zu pflegen, d. h. zu erkennen, wie und unter welchen Voraussetzungen die Arbeit ergiebig genug werden kann und doch sozial für die Arbeiter erträglich ist.

Zu den neuen Gebieten, mit denen wir uns intensiver wie bisher zu beschäftigen haben, gehört die Psychotechnik. Der Name der neuen Wissenschaft deutet darauf hin, daß sie sich mit der Psyche (Seele) in der Technik beschäftigt, d. h. mit dem Verhalten des Menschen gegenüber seiner Arbeit. Vorangegangen war der Psychotechnik die praktische Psychologie, das wissenschaftlich-experimentelle Erforschen der Psyche in ihrem allgemeinen Verhalten. Auch die Seele des Menschen unterliegt bestimmten Gesetzmäßigkeiten, und da der Arbeiter keine tote Maschine ist, sondern den Willen zur Arbeit haben muß, da seelische Kräfte im Arbeiter erst entfaltet werden müssen, haben die Psychologen erst genügende Vorstudien machen müssen, bevor der Psychotechniker mit seinen Apparaten dazu übergeht, den Menschen in seiner Arbeitsleistung zu messen.

In diesen Tagen ist ein sehr interessantes Buch erschienen. Es betitelt sich „Psychotechnik und Laboratorium“. Der Verfasser ist der Ingenieur T r a m m, der als Psychotechniker bei den Straßenbahnangelegten Versuche gemacht hat, die großes Aufsehen erregt haben. Er hat die Fahrer und Schaffner auf ihre Berufseignung experimentell geprüft. In einem Laboratorium wurden die Apparate eines Führerbandes des Straßenbahnwagens nachgebildet. Dem Prüfling wurden alle Aufgaben gestellt, die in der Praxis möglich sind, und auf jeden Vorgang muß er reagieren. Die Zeit zwischen Reiz und Reaktion wurde durch funktionelle Apparate gemessen. Es wurde z. B. untersucht, ob er eine „lange Leitung“ beifügt, d. h., ob er sofort oder langsam durch den Druck auf einen bestimmten Taster darauf reagiert, wenn an einer bestimmten Stelle der Versuchstafel eine Lampe aufleuchtet.

Diese Versuche hat T r a m m an anderer Stelle der Fachpresse beschrieben. In dem vorliegenden Buch beschäftigt er sich grundsätzlich mit den Begleitumständen der Arbeit. Auf einer der ersten Seiten finden wir an einer graphischen Zeichnung alle die Faktoren dargestellt, die für die Leistung der Arbeit von Bedeutung sind. Daraus ist ersichtlich, daß wir vorbereitende Faktoren zu unterscheiden haben von den Umständen während der Arbeit. Selbst derjenige, der sich mit diesen Fragen schon eingehender beschäftigt hat, wird erkannt von der Fülle von Momenten sein, die auf die Quantitätsleistung und Qualität der Arbeit von entscheidender Bedeutung sind. Schon bevor der Arbeiter an den Arbeitsplatz herantritt, ist das Maß der Arbeitsleistung davon abhängig, unter welchen sozialen, hygienischen und seelischen Verhältnissen er lebt. Seine Herkunft, sein häusliches Leben, seine soziale Umwelt, seine seelische Verfassung, seine allgemeine Bildung sind entscheidend für die Leistungen, die er herzugeben imstande ist. Durch eine Fülle von Gesichtspunkten wird das erläutert und bewiesen. Hier wird wieder einmal der alte Satz bewiesen, daß nur der sozial und kulturell hochstehende Arbeiter auch für die gesamte Wirtschaft der billigste Arbeiter ist. Und wiederum wird erkennbar, wie produktiv, rein volkswirtschaftlich betrachtet, eine hochentwickelte Sozialpolitik ist; wir müssen eben Sozialpolitik in weit größerem Umfange für die Zukunft treiben, damit wir für die Zukunft leistungsfähig genug sind.

Und dann im Betriebe selbst lernen wir erkennen, welche eine Fülle von Begleitumständen auf die Arbeitsleistung von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Werkzeuge, die Maschinen, die Arbeitsbedingungen, Luft und Licht in den Werkstätten, die Betriebsorganisation, alle diese Bedingungen lassen erkennen, daß nur der modernste Betrieb auch für den Arbeiter die beste Werkstatt bedeutet und für die Wirtschaft der Weg ist, der beschritten werden muß. Eine Fülle von Erwägungen drängen sich uns auf, daß der Sozialismus nur die höchste und feinste Organisationsform der Arbeit sein kann. Der primitive Betrieb, die schlecht eingerichtete Werkstatt, treibt eine Vergeudung der Arbeitskraft des Menschen. Dem kühl und wirtschaftlich rechnenden Techniker T r a m m geht es ebenso wie seinem Kollegen Michel, der ein Buch über die Zeitstudie geschrieben hat und nun ungewollt zu einem Vertreter des technischen und betriebsorganisatorischen Fortschrittes werden muß. Beide müssen der deutschen Industrie predigen: Ihr habt eure Werkstätten so modern wie möglich einzurichten, ihr müßt die alten, rückständigen Betriebe stilllegen und Arbeitsstätten dafür schaf-

fen, die mit den besten Hilfsmitteln zu produzieren imstande sind.

Diese Gedanken müssen auch die Arbeiter in sich aufnehmen, und wenn wir nur an unsere Betriebsbedürfnisse denken, so erwacht ihnen ein neues Feld der Betätigung. Wie vielgestaltig ihre Arbeit werden muß, wie umfassend und kompliziert hier das weite Gebiet der Arbeitswissenschaft auch vor ihnen sich ausbreitet, das lernen sie erkennen, wenn wir derartige Themen durch sachkundige Lehrer in unsere wirtschaftliche Schulungsarbeit mit hineinbringen. A. B.

Steuergerechtigkeit und Ueberfrachten.

Aus dem Reichsfinanzministerium schreibt man uns:

Bei Einführung der Bestimmungen über den Steuerabzug im Sommer vorigen Jahres wurden zur Hebung der Produktion und um einen Anreiz für größere Arbeitsleistung zu schaffen, die Vergütungen für Ueberstunden, Ueberfrachten, Sonntagsarbeit und für sonstige über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsleistungen vom Steuerabzug einstweilen freigelassen, an der Steuerpflicht dieser Bezüge wurde nichts geändert. Diese zeitweilige Freilassung und die damit verbundene zeitweilige Entlastung der Ueberstunden leistenden Arbeitnehmer ersahen volkswirtschaftlich berechtigt in einer Zeit, in der alles darauf ankam, die Produktion zu heben und die Arbeitskraft wieder zu stärken. Steuerlich mußte sie von Anfang an zu den schwersten Bedenken Anlaß geben, da der zeitweiligen Erleichterung für den Arbeitnehmer die ungleich drückendere Belastung gegenübersteht, den Steuerbetrag für die aus der Leistung von Ueberstunden erzielten Löhne bei der endgültigen Veranlagung in einer Summe entrichten zu müssen, ohne von der Vergünstigung des Steuerabzugsverfahrens Gebrauch machen zu können.

Inzwischen haben sich aber die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert. In der gegenwärtigen und vielleicht noch länger anhaltenden Krisis tritt neben das Interesse der Privatwirtschaft und der interessierten Kreise der Arbeitnehmer an vermehrten Arbeitsleistungen das Allgemeininteresse an einer möglichst gerechten und billigen Verteilung der Arbeit, so daß nicht die eine Gruppe der Arbeiter feiert, während die andere über das Normalmaß hinaus beschäftigt ist. In diesem Zusammenhang wird die steuerliche Vergünstigung der Vergütungen für Ueberstunden, Ueberfrachten usw. zu einer sozialen Frage. Der gegenwärtige Zustand der Freilassung der Vergütungen für Ueberstunden vom Lohnabzug bedeutet unzweifelhaft eine staatliche Vergünstigung der Ueberstunden und schafft für Unternehmer wie Arbeitnehmer einen Anreiz, sich in möglichst weitem Umfange die Vorteile aus dieser Arbeitsweise zu sichern. So sehr solcher Arbeitsfleiß auch anzuerkennen ist, so ungerecht ist es aber auf der anderen Seite, die Arbeitnehmer, die durch Ueberstunden ein über den Durchschnitt hinausgehendes Einkommen haben, steuerlich zu begünstigen vor den Arbeitnehmern, die feiern müssen oder sich durch Nuzarbeit nur notdürftig erhalten können. Solange es Arbeitslose in so großer Zahl wie heute gibt, sollte der Staat wenigstens, von vorübergehenden Notwendigkeiten wie bei den Vergarbeitsern abgesehen, nicht seine Hand dazu bieten, einer ungerechten und unbilligen Arbeitsverteilung förderlich zu sein. Im übrigen hat die Erfahrung bereits gelehrt, daß der gegenwärtige Zustand der Lohnabzugsfreiheit der Ueberstunden vielfach zu Steuerumgehungen benutzt wird. Namentlich in kleineren Betrieben wird zumweilen versucht, einen Teil der Arbeit, obwohl sie innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit von täglich 8 Stunden geleistet ist, als Ueberstundenarbeit darzustellen. Das hat unter Umständen eine verschiedenartige Steuerbelastung der Arbeitnehmer in den kleinen und in den großen Betrieben zur Folge, die nicht getragen werden kann. Auch hat man die Ueberstundenfrage auf Kosten der gewöhnlichen Lohnsätze höher angesehen, um so ein möglichst kleines abzugspflichtiges Lohnverkommen zu erhalten. Obwohl derartige Maßnahmen ungesetzlich sind, und die Finanzbehörden nötigen, das gesamte Arbeitsverkommen bei der Veranlagung steuerlich zu erfassen, zeigen sie doch die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustandes, einestheils die Ueberstunden und Sonntagsarbeit vom Steuerabzug freizulassen, andernteils sie aber bei der Veranlagung zur Einkommensteuer heranzuziehen. So wird im Hinblick auf die ungerechte, wie vor allem auf die unsoziale Seite der gegenwärtigen Steuerbegünstigung der Entlohnungen für Ueberstunden und Sonntagsarbeit halbmöglichst, spätestens aber mit dem Inkrafttreten der vereinfachten Bestimmungen über die Besteuerung des Lohn- und Gehaltseinkommens auch die unter-

schiedliche Behandlung der einzelnen Arbeitseinkommen zu beseitigen und der regelmäßige Zustand wieder herzustellen sein.

Zur Heilfürsorge der Invalidenversicherung.

Da die Versicherungsanstalten sich infolge Mangels an Mitteln genötigt sehen, die Heilfürsorge einzuschränken, hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Reichstangler und den Reichsarbeitsminister folgende Eingabe gerichtet:

Berlin, den 11. Mai 1921.

Die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Träger der Invalidenversicherung für das Jahr 1919 haben von neuem ergeben, daß sich diese Träger in einer äußerst ungünstigen Lage befinden. Die Gesamteinnahmen haben bei allen Versicherungsträgern 410 055 811,90 Mark betragen, während sich die Ausgaben auf 494 142 589,51 Mark beliefen, so daß die Mehrausgaben 84 087 227,52 Mark betragen.

Verursacht wurde die allgemeine Vermögensberminderung in erster Linie durch die Rentenzulagen, Annahmen der Zahl der Renteneempfänger, Erhöhung der Ausgaben für das Heilverfahren und die allgemeine Verwaltung.

Die Erhöhung der Beitragseinnahmen hat die Erhöhung der Ausgaben nicht ausgleichen können, was voraussehen war. Es muß baldigst dafür gesorgt werden, daß durch eine Minderung der Reichsversicherungsordnung die Träger der Invalidenversicherung die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel erhalten. Der geeignete Weg ist der von der Arbeiterschaft schon immer in Vorschlag gebrachte Aufbau neuer Lohnklassen, der auch ohne dies durch die in den letzten Jahren eingetretene Verschiebung der Entlohnung der Versicherten zur Notwendigkeit geworden ist.

Aber ehe es zu dieser Gesetzesänderung kommt, muß in anderer Beziehung Wandel geschaffen werden. Die Leistungen der Versicherungsträger sind zum Teil Zwangsleistungen, zum Teil freiwillige. Zu den freiwilligen Leistungen gehört vor allem das vorübergehende Heilverfahren. Auf das Heilverfahren ist jedoch namentlich in der jetzigen Zeit daselbe Gewicht zu legen, wie auf die Rentenzahlung.

Es ist nun erklärlich, daß die Versicherungsträger, um ihre Pflichtleistungen erfüllen zu können, gezwungen sind, die Ausgaben für das Heilverfahren zu verringern. In der Tat liegen derartige Maßnahmen schon vor. Die Versicherungsanstalt Berlin, die auch im Jahre 1920 nur das Heilverfahren in früherem Umfange durchführte, obwohl sich die Zahl ihrer Versicherten aufolge der Errichtung der Gemeinde Groß-Berlin verdoppelte, hat jetzt noch weitere Einschränkungen beschließen müssen. Ein Teil der Heilfürsorge ist sofort eingestellt worden und muß der größte Teil des gesamten Heilverfahrens eingestellt werden, wenn nicht bis Mitte dieses Jahres die Sicherheit gegeben ist, daß aus den Beitragseinnahmen das Heilverfahren weiter durchgeführt werden kann.

Es geht nicht an, jetzt, wo der Gesundheitszustand des Volkes so schlecht ist wie nie zuvor, derartige Beschlüsse zur Ausführung kommen zu lassen. Es muß sofort dafür gesorgt werden, daß die Versicherungsträger die zur Erhaltung und zum Ausbau des Heilverfahrens notwendigen Mittel in die Hände bekommen. Deshalb hat nach Meinung des unterzeichneten Vorstandes allen gesetzgeberischen Maßnahmen zum Ausbau der Arbeiterversicherung so schnell als nur irgendmöglich ein Notgesetz voranzugehen, das die Versicherungsträger in den Stand setzt, für die Zwecke des Heilverfahrens besondere Beiträge zu erheben. Wir bringen für dieses Notgesetz in Vorschlag, dem § 1392 A.D.O. als Absatz 2 anzufügen:

Für die Zwecke des Heilverfahrens sind die Versicherungsträger berechtigt, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden Zuschläge auf den Beiträgen zu erheben.

Wir bitten, bei der großen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache, das Erforderliche baldigst veranlassen zu wollen.

Optimismus.

Während die große Masse des Volkes in allen Jahrhunderten wie mit kleinen Ketten am Alltag hing, ohne einen Blick zur Höhe, zu Schönerem, war es das Vorrecht der genialen Geister, Neues zu ahnen, weitere und weitestehende Kreise zu öffnen, Zukunft. Und das eine Große hat der Kapitalismus geschaffen, daß er durch die Entrechtung der arbeitenden Masse in ihnen eine äde Seere schaffte, die dann jehnsüchtig nach neuem Inhalt rang,

nach neuem Menschenfühl. Und es ist bewunderungswürdig, wie die große, erst so gegenwärtig gestimmte Masse zum Begreifen von höchsten Wahrheiten und Zielen fähig wurde und wie sie kongenial wurde den großen Einzelnen. Zukunft, nicht, das heiligste Menschentum ist des Proletariats Glück und Hoffen. Unendlich sind ihm die Höhen, auf denen der Mensch der Zukunft einmal wandeln wird. Siebe wird einmal das Leben sein.

Optimismus nennt das der Spießer, und dabei lächelt er ob solcher Weltfremdheit. In Wahrheit aber verrät das Fehlen des Optimismus bei diesen Spießern nur das böllige Fehlen von Herz und Geist.

An den Sieg der Liebe glaubten alle Großen. An den Sieg der Liebe glaubte auch Jesus. Und während die Kirche nur Besserungen kennt und Wohlfahrtspflege, stürmt das Proletariat in echtem reinem Christentum um gestalteten bormwärts zur allumfassenden Liebe.

Und eine unendliche Entwicklung aus dem Allerschlichsten heraus bis zu einem Goethegeiste haben uns die Forscher und Denker bemessen. Kann es uns Menschen der kapitalistischen Gegenwart überhaupt möglich sein, eine Höhe zu erdenken, die von unserm Geiste so weit entfernt ist wie unser Geiste vom ersten Weltbeginn? Wir können gar nicht optimistisch genug sein. Und je mehr Seele und je mehr Geist der Mensch hat, ein um so größerer Optimist ist er, weil er dann um so besser und tiefer ein Neues zu ahnen vermag.

Und daß das Proletariat einen solchen Zukunftsglauben in sich trägt, daß das Proletariat von der Ueberzeugung eines höchsten sittlichen Entwicklungszieles, von der Liebe eines Allüberdurtums in fester, unerschütterlicher Ueberzeugung durchdrungen ist, das ist ein herrlicher Beweis für eine wunderbare Fülle von geistigen und sittlichem Reichtum, der da in der proletarischen Masse schlummert. Und wenn solch eine Masse kämpft für diese ihre höchsten Ziele, dann kann der Sieg auch nicht mehr fern sein, wie es das äußerliche Leben oft vermuten läßt. Vielleicht leuchtet unsern Kindern schon ein neuer Menschheitstag.

Aus den Zahlstellen.

Ströbel. Am 21. Mai fand eine Versammlung statt, die sich mit der von dem Unternehmer, Herrn Delsner, angeführten Arbeitszeitverkürzung (pro Woche 1 Tag) befaßte. Als eine krasse Herausforderung muß es bezeichnet werden, bei dem Eingeständnis des Geschäftsführers der Firma, daß das Ultimatum vom Steinindustrieverband (Schlesten) herausgegeben wurde und die Firma das Zirkular natürlich auch respektieren müsse. Als der Betriebsrat gegen die Maßnahme Einspruch erhob, stellte man uns die Einschränkung gar nicht so schlimm dar, da die Firma eventuell die Kämmer, Verlocher, Kuber und einige Brecher gnädig den sechsten Tag arbeiten lassen will. Auf deutsch soll das heißen, ich habe ja selbst den Schaden, den ich mir dadurch vermindern will. Aber Herr Delsner wird mit dieser „Vergünstigung“ vorbeischießen. Unbekümmert solcher Maßnahmen lassen sich die Kollegen von ihrer eingereichten Lohnforderung nicht abbringen, denn die Wochenlöhne haben hierorts die Notgrenze erreicht. Bei jeder Unterhandlung erkennen die Arbeitgeber unsere große Notlage an und jedesmal konnten sie nicht zulegen, weil sie am Ende angelangt waren, aber die Betriebe existieren heute noch — feilschen. Wir fragen Herrn Delsner, ob er vielleicht auch genötigt ist, die Tischplatte kleiner zu machen?, wie es bei den Arbeitern Tatsache ist, falls die geplante Maßnahme Wirklichkeit wird. Gauleiter Senft war hier und trug ein kräftig Teil bei, daß die Zahlstelle auch weiter wetterfest bleibt, dies bewies am Schluß der brausende Hochruf auf den Verband.

München. Die Kollegen standen seit 1. April in Lohnbewegung und bei jeder Verhandlung — es waren deren sieben — wurde der Kampf immer erbitterter, denn die Arbeitgeber betrachten die Steinarbeiter nur noch als Nebensache. Einer der Herren mutete uns in einer Verhandlung zu, wir sollten länger arbeiten, dann verbieten wir auch mehr. Wir sind aber nicht willens, durch lange Arbeitszeit mehr zu verdienen, kennen wir doch die Gefahren der Berufskrankheit, die den Steinarbeiter wie ein Gespenst verfolgen, nur zu gut. Kollege Bie mann hat in allen Verhandlungen, auch Gauleiter Schmidt noch in der letzten, eindringlich die Berufsgesahren prägnant, aber unsere Arbeitgeber haben anscheinend kein Interesse an dem Wohl ihrer Arbeiter, sondern nur an ihrem Profit; deshalb auch das Angebot, wie es uns in der letzten Verhandlung vor dem Landesbeirungsamt zugemutet wurde. (Statt 44 Arbeitsstunden, 48 pro Woche, eine ganz minimale Lohn-erhöhung, dafür jedoch Einführung der Akkordarbeit.)

Vom Deutschen Tuberkulosekongreß.

I.

Das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose blüht in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß hatte es vom 19. bis 21. Mai in Bad Elster einen Tuberkulosekongreß einberufen. Ueber 700 Teilnehmer (Männer und Frauen) des In- und Auslandes (jedoch keine Vertreter aus den Entente-Ländern) nahmen an den Verhandlungen teil. In der überaus großen Mehrzahl waren es Fachleute aus dem Gebiete der Tuberkulosebehandlung und -Bekämpfung, die dort ihre ärztliche Erfahrung und Forschungsergebnisse in systematisch geordneten Vorträgen kundgaben oder die die Zuhörerschaft darstellten. Daß unter der letzteren sich auch viele Befanden, die in der Fürsorgebewegung praktisch und theoretisch tätig sind, ist wohl selbstverständlich.

Wir Steinarbeiter sind an der Tuberkulosebekämpfung beruflich sehr interessiert, aus diesem Grund hielt der Verbandsvorstand eine Delegation, schon aus Informationszwecken, für notwendig. Solche Tagungen bieten in wenigen Stunden mehr als das Studium dicker Bücher. Der Redakteur wurde zur Teilnahme bestimmt. Im nachstehenden soll unsern Verbandsmitgliedern über das Wichtigste und uns Interessierende vom Tuberkulosekongreß ein Bericht gegeben werden. Vorweg kann schon bemerkt werden, daß wohl alle Teilnehmer, Gelehrte wie Laien, sicherlich durch manche wertvolle Darstellungen und Anregung in Wort, Bild und Statistik ihr Wissen auf dem Gebiet der Tuberkulose (Entstehung, Wirkung, Behandlung, Bekämpfung) erweitern konnten, so daß jeder an seinem Platz den Kampf gegen die furchterliche Volksseuche wirksam führen kann.

Dem Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose gebührt das Verdienst, das Interesse für die Wichtigkeit der Tuberkulosefrage als Angelegenheit des ganzen Volkes stets wachgehalten zu haben und als Mittelpunkt aller praktischen Arbeit fordbauernd zu wirken. Von diesem großen Brennpunkt gehen Anregungen und Hilfen aus; in ihm finden sich zugleich alle die verschiedenen Organisationen zusammen. Einige Gebiete, die gesondert, aber im festen Zusammenhang mit der Hauptstelle arbeiten, sind abgezweigt, so das Fürsorgewesen, die Lupusbekämpfung, die Tuberkulose-Bekämpfung im Mittelstande, die Sonderfragen der Heilstättenärzte. Die Mittel, die das Komitee für das Heilstättenwesen aufgebracht hat, sind sehr beträchtlich. Nicht minder wichtig aber als die praktischen Vorkehrungen sind die in einem Vierteljahrhundert gesammelten Erfahrungen, die auf den Hauptversammlungen ausgetauscht und in den Jahresberichten zusammengestellt werden. Das deutsche Zentralkomitee hat auch für die internationale Bekämpfung der Tuberkulose viel geleistet und befaß bei der Einberufung des ersten internationalen Kongresses 1899 die Führung. Jetzt freilich ist diese internationale Zusammenarbeit unterbrochen und als im verflohenen Jahre in Paris ein internationaler Tuberkulosekongreß stattfand, hatte man Deutschland nicht eingeladen, obgleich die deutsche Tuberkuloseforschung und -Bekämpfung führend auf diesem Gebiet war und noch ist. Auf diese Situation wies der Vorsitzende Dr. Vumm (Berlin) in seiner Begrüßungs- und Eröffnungsrede mit besonderem Nachdruck hin und sagte ferner: „Wöge im Auslande und auch im Inlande geschehen was da wolle, in der Bekämpfung der Volksseuche würde das Zentralkomitee und seine Anhänger nicht nachlassen.“

Am 19. Mai, dem 1. Verhandlungstag, waren neun Vorträge und die Erörterung dazu, der Entstehung und Verbrei-

lung der Tuberkulose gewidmet, und zwar nach folgenden Richtlinien: Einfluß des Weltkrieges, Einfluß der Ernährungsart auf den Gesundheitszustand des Volkes, Ansteckungsquellen und Ansteckungswege, Bedeutung der Haustiere für die Verbreitung der Tuberkulose, Tuberkulose und Wohnung, Tuberkulose und Arbeitsstätte, Desinfektionsordnung für Tuberkulose (neue preussische), Desinfektion tuberkulöser Sputums. In der Erörterung wurde behandelt: Die soziale Umwelt, Immunität bei Tuberkulose, Konstitution und Disposition. Aus diesen Richtlinien von dem ersten Tage ist schon zu entnehmen, daß es unmöglich ist, in einem Zeitungsartikel auf alle Punkte einzugehen. Jeder Vortragende hatte dem Kongreß Leitfäden vorgelegt. Bei der Fülle des Gebotenen ist zu entnehmen, daß die Aussprache über das Gehörte zu kurz gekommen ist, das war auch an den beiden anderen Tagen ebenso. Die Vortragenden waren alle Kapazitäten auf ihrem Gebiet.

Die Tuberkulose ist die Krankheit des sozialen Glends, hauptsächlich der Großstadt. Will man sie wirksam bekämpfen, muß man an ihrer Ursache ansetzen. Nigends ist so sehr der Zusammenhang zwischen Krankheit und sozialer Lage erwiesen wie bei der Tuberkulose. So erstrebenswert auch im einzelnen die Versuche sind, mit wirksamen Medikamenten oder mit Schutzimpfung die Ausbreitung der Tuberkulose zu hindern, alle diese Maßnahmen sind nicht ausschlaggebend gegenüber der Bedeutung, die die Bekämpfung der sozialen Mißstände für die Verbreitung der Tuberkulose hat. Das lehren besonders die Kriegsjahre mit ihrer mangelhaften Ernährung und die vorhandene unerträgliche Unzulänglichkeit der Wohnungsverhältnisse. Die unverkennbaren Erfolge der Tuberkulosebekämpfung seit Robert Kochs Entdeckung des Tuberkulosebakteriums im Jahre 1882 sind mit einem Schläge durch die verderblichen Folgen des Weltkrieges zunichte gemacht, einige wenige Zahlen mögen es belegen. Von je 10 000 Einwohnern starben 1918 15,7, 1914 und 1915 je 16,0 und 16,8, in den Jahren 1916 und 1917 je 18,0 und 25,8 und im letzten Kriegsjahr 31,7 Menschen an Tuberkulose. Diese wenigen Zahlen sind anlagend genug. Unterernährung und Wohnungsnot ist der geeignete Boden zur Verbreitung dieser Volksseuche. Alles dieses wurde von den Vortragenden Professoren mit mehr oder minderer Lebhaftigkeit betont. Ihre Leitfäden sind dafür Beweis, von denen die wichtigsten nachstehend zum Abdruck kommen:

Der Einfluß des Weltkrieges auf die Tuberkulose. Bericht-erstatte: Ministerialdirektor Kirchner. 1. Die Tuberkulosesterblichkeit hat in Deutschland während des Weltkrieges erheblich zugenommen und im Jahre 1918 wieder den Stand von 1896 erreicht. Eine noch stärkere Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit ist in Österreich und Ungarn erfolgt. Auch in den an Deutschland angrenzenden neutralen Ländern — Dänemark, Holland, Schweiz — hat eine, wenn auch erheblich geringere Zunahme stattgefunden.

2. Die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit war in den Städten, besonders den Großstädten, und in den Industriebezirken erheblich größer als auf dem Lande und in ländlichen Bezirken in unmittelbarer Nachbarschaft von Großstädten größer als in den abgelegenen ländlichen Bezirken. Die Zunahme setzte in diesen später ein und blieb geringer, nahm auch nach Eintritt des Waffenstillstands und Friedens schneller und stärker wieder ab als in Großstädten und Industriebezirken.

3. Die Tuberkulosesterblichkeit nahm während des Krieges bei beiden Geschlechtern zu, bei dem weiblichen aber stärker als bei dem männlichen.

4. An der Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit waren alle

Lebensalter beteiligt, am stärksten die der Pubertätsentwicklung und die Jahre des Uebergangs vom Jünglings- zum Mannesalter sowie der stärksten Arbeit.

5. Die Gründe der Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit sind die Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse, die körperliche und geistige Ueberanstrengung, in erster Linie aber die Unterernährung infolge der Hungerplödade.

Ansteckungsquellen und Ansteckungswege. Bericht-erstatte: Professor Reichenbach (Göttingen). 1. Die Uebertragung der Tuberkulose von einem Menschen zum andern geschieht weitaus am häufigsten durch Tröpfcheninfektion, viel weniger häufig indirekt durch Einatmung von bazillenhaltigem Staub, noch seltener durch Verschlucken von Auswurf. Auch die Aufnahme der Bazillen durch die Mund- oder Nasenschleimhaut oder die Konjunktiven sowie durch die unverletzte Haut kommt nur ausnahmsweise in Betracht.

2. Die Hauptquelle der Ansteckung ist aber der kranke Mensch selbst und sein Auswurf. Eine Ansteckung kann aber auch erfolgen durch Rindertuberkulosebakterien, die mit der Milch perlsüchtiger Kühe genossen werden. Diese Infektion führt so gut wie niemals zur Lungenschwindsucht und wird deshalb nicht von Mensch zu Mensch übertragen. Sie ist häufig genug, um besondere Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung notwendig zu machen.

3. Die Bedeutung der einzelnen Infektionswege ist nach dem Lebensalter verschieden. Die Erwachsenen werden fast ausschließlich durch Tröpfchen infiziert, die übrigen Wege kommen fast nur für Kinder in Betracht.

4. Für die Ausgestaltung der Bekämpfungsmaßnahmen ist die Frage von Bedeutung, ob die zur Lungenschwindsucht der Erwachsenen führende Infektion von innen oder von außen her erfolgt. Dieser Frage ist deshalb in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Fortsetzung folgt.)

Deine Hände.

Ich halte deine Hände:
Wie sind sie rissig und hart!
Und waren doch Segenspende
Mir auf der Lebensfahrt!

Sie strichen mit weichem Rosen
Mir einst durchs volle Haar . . .
Und nahmen Glüd und Rosen,
Die ich dir reichte, gern dar . . .

Sie schafften ohne Beben
Mit meinen Händen im Taft, —
Und hielten das schwere Leben
Mit festem Griff gepackt!

Und kannten kein Erschlaffen
In einem Augenblick, —
Und haben mit mir geschaffen
Um uns ein ärmlich Glüd . . .

Nun geht die Fahrt zu Ende:
Ballt eben Luft und Schmerz!
Still halt' ich deine Hände
Und spür dein pochend Herz . . .
Ludwig Bessey.

Wir Münchner Steinarbeiter sind aber anderen Sinnes, wohl haben wir die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht, um den Streit zu vermeiden, aber die Arbeitgeber behandeln uns in der schiefsten Weise und suchen ihre Macht mit allen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Der uns aufgezwungene Kampf wurde aufgenommen und wird werden denselben auch zu Ende führen. Sind ferner davon überzeugt, daß die organisierten Kollegen uns in unserem Kampf unterstützen.

Reinerbrecht. In der am 24. Mai stattgefundenen Klapperversammlung gab Kollege Weder das Resultat (Feuerungsgulage betreffend) bekannt. Mit der größten Enttäuschung wurde dieses von den hiesigen Kollegen aufgenommen. Alle fragten sich: Wer gab dem Gauleiter Koll. Schmidt das Recht, von der Verbindlichkeitsklärung vom 1. März abzusehen und diese 86 Prozent anzunehmen, nachdem sie vorher von den Arbeitgebern abgelehnt wurde? Laut Beschluß der letzten Konferenz in Bunsfeld, zu der Gauleiter Schmidt 11 Kollegen berufen hatte, wurde durch Abstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, an der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches festzuhalten. Aber trotz alledem nun andere Abmachungen mit den Unternehmern! Durch diese Kapitül ist der Gauleiter bei den hiesigen Kollegen stark in Mißkredit gekommen. Nachdem so viel Mühe und Unkosten gemacht waren, kam dieses klägliche Resultat, womit die Unternehmer einen glatten Erfolg buchen können. Mit der „Hundtreue“ der Steinarbeiter des Fichtelgebirges ist es vorbei! Wir raten, bei den kommenden Tarifverhandlungen eine andere Kapitül zu beobachten. Die Zahlreichen des Fichtelgebirges und des Bayerischen Waldes, von denen Delegierte zu den Verhandlungen in Frage kommen, fordern wir im Interesse der Allgemeinheit auf, in der Wahl der Delegierten unsere Kritik zu beachten und nur befähigte und energische Kollegen zu wählen.

Eberbach (Baden). Den Kollegen zur Kenntnis, wie die Unternehmer scheinbar den Lohnabbau systematisch herbeiführen wollen. Die Firma Gitschow in Eberbach will gewiß den Anfang machen. Sie stellte vor ungefähr 5 Wochen mehrere Arbeiter ein, ließ diese 14 Tage arbeiten und kündigte dann das Arbeitsverhältnis mit der Bemerkung, es sei keine Arbeit vorhanden; sollte aber Arbeit eintreffen, könnten sie weiter arbeiten. Als die 14tägige Kündigungsfrist verstrichen war, wurde den zu entlassenen Arbeitern gesagt, es sei „etwas“ Arbeit eingegangen, und sie könnten weiter arbeiten — wenn sie die Stunde 20 Pf. billiger arbeiten wollten. Da es nun meist jugendliche Arbeiter vom Lande sind, die es betrifft, haben sie sich einschüchtern lassen und mit saurer Miene ja gesagt, nur zwei durchschauerten das Wandern und gingen ihrer Wege. Herborzuheben ist noch, daß Herr Gitschow prinzipiell bei der Einstellung jene Arbeitskräfte von umliegenden Landgemeinden gegenüber den aus Eberbach besonders bevorzugt, wahrscheinlich, um von diesen indifferenten Arbeitern besseren Nutzen zu ziehen. Die organisierten hier am Ort sind nicht so leichtgläubig in der Lohnfrage. Einmal ist es nun gelungen, wer weiß ob es Herr Gitschow bald nochmals probieren wird, und dann die andern Herrn Unternehmer nachfolgen. Jeder Arbeitskollege sei gewarnt, und wenn diese Lohnabbauversuchung an ihn herantritt, dann muß er den Kopf oben behalten und wissen, was seine Pflicht ist. Alle Kollegen sehen, mit welchen scheinbar harmlosen Mitteln vom Unternehmer gearbeitet wird, und wie es dringend Not tut, eine einheitliche Kampffront in unserer Organisation herzustellen. Darum, Kollegen, die Augen auf und Rückgrat zeigen!

Laurensen. Die Jahreshilfe hielt am 22. Mai 1921 eine Versammlung ab, die mäßig besucht war. Bezirksleiter Graß referierte über die jetzige Lage der Steinarbeiter im besetzten Gebiet. Der Redner behandelte besonders die herausfordernde Haltung der Arbeitgeber in der schon seit März eingeleiteten Lohnforderung, die bis heute noch keinen Erfolg aufzuweisen hat. Er ermahnte die Kollegen, den Mut nicht sinken zu lassen und einig zusammenzustehen. Kritisiert wurde das Verhalten des Kollegen Adam Heil wegen nicht Einhaltens der Arbeitszeit. Der Vorsitzende Dreher wies den Kollegen auf sein verwerfliches Treiben hin, denn dies Verhalten ist nur dazu angetan, der Reaktion Vorschub zu leisten, um uns den Achtstundentag zu entreißen. Weiter wurde der Kollege Johann Stenzhorn wegen rückständiger Beiträge ausgesprochen. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Ludwig Beder und Franz Mayer gewählt. Außerdem wurde eine Tarifkommission gebildet und die Kollegen Friedrich Grams, Karl Jung und Ludwig Beder gewählt. Zur Sammlung „Kinder in Not“ wurden 100 Mark aus der Lokalkasse bewilligt. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Zur Frage der Lohnbewegung der Schotter- und Pflaster-Industrie der Pfalz und das Verhalten der Unternehmer sind dem Bericht noch einige Bemerkungen anzufügen: Um ihre Notlage etwa 8 zu mildern, sahen sich die Steinarbeiter der Pfalz abermals gezwungen, im März dieses Jahres erneut um eine Lohnhöhung einzukommen. Ohne Zweifel stehen wir Steinarbeiter der Pfalz in der Entlohnung in der niedrigsten Stufe. So wurden zum Beispiel die horrenden Stundenlöhne von 3.36 bis 4.51 Mark für Vollarbeiter, das heißt für Arbeiter über 19 Jahre bezahlt. Wenn wir in Betracht ziehen, daß der Beruf der Steinarbeiter einer der gesundheitschädlichsten und körperlich sehr kraftraubend ist, so wirkt sich unwillkürlich die Frage auf, wie wir unter der heutigen Feuerung unser Leben noch fristen können. Wenn wir geglaubt haben, seitens der Unternehmer auf ein Entgegenkommen rechnen zu dürfen in Anbetracht der nicht unerheblichen Gewinne, so wurden wir sehr enttäuscht. Inste Lohnforderung im März dieses Jahres wurde von den Unternehmern mit einer glatten Absage, ohne daß sie weitere Lohnverhandlungen eingehen wollten, abgelehnt; ja sie verlangten sogar, daß die von uns gestellten Forderungen bis zu einem von ihnen gesetzten Termin wieder zurückzuziehen sind. In einer darauf folgenden Sitzung der Kollegen des Tarifbezirks wurde beschlossen, von unserer Forderung nicht abzuweichen, sondern mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die Verwirklichung zu sorgen. Auch in der Arbeiterbehandlung scheinen es die Herren nicht mehr so genau zu nehmen, durch allerlei Schikanierungen, nicht Einhaltung der Tarifsätze, versteht es hauptsächlich die Firma Steinwerke-Bautreden und Solger-Grumbach den Arbeitern ihren sauer verdienten Arbeitslohn vorzuenthalten. Sie glauben sich noch in die vornobemberliche Zeit veretzt, und denken es den Arbeitern so bieten zu können, wie den mehrlosen Gefangenen während der Kriegszeit! Kollegen, an Euch liegt es, diesem Gebaren ein Ende zu machen, rüftet zur Abwehr, aber auch zum Angriffskampf gegen die Praktiken der Arbeitgeber. Sorgt für Abwanderung aus den Steinbetrieben, deren Inhaber gegen uns arbeiten. Den auswärtigen Kollegen entsetzt die Pflicht, alle Betriebe der Pfalz zu meiden, bis wir den Kampf, um das „größere Stüd Brot“ abgeschlossen haben. Die Unternehmer merken anscheinend nicht, daß durch die Lohnfrage und deren Behandlung und der Drohung auf Aussperrung, die sowieso schon zahlenmäßig zusammengeschrumpfte Arbeiterschaft sich immer mehr an die Seite der Steinindustrie ganz den Rücken zu kehren, um sich einer anderen Berufsart, die den Mann besser nährt, zuzuwenden. Denn von den Veruhigungsspielen der Arbeitgeber können wir Arbeiter nicht satt werden.

Auntkirchen. Am 20. Mai erfolgte hier in der Bayr. Granit-Artiengeellschaft die von den Unternehmern angekündigte Aussperrung sämtlicher Arbeiter. Obwohl sich die Arbeiter nach Bekanntwerden von den Verhandlungen am 17. Mai 1921 vor dem Ministerium für soziale Fürsorge und mit deren Ergebnis einvernehmlich erklärten, blieb die Aussperrung aufrechterhalten. Ein frivoles Spiel den Arbeitern gegenüber ist wohl kaum denkbar. Wir raten den zurückbliebenden Herren in der U. C. ihr Wissen mehr auf praktische Bedürfnisse einzurichten, denn mit Schikaneierung der Arbeiter hält man sich auch in Auntkirchen keine Vorbeeren; die Zeiten dürften ein für alle mal vorbei sein. Ist doch allgemein bekannt, daß die Löhne speziell in Auntkirchen die erbärmlichsten sind. Die Kollegen aber werden durch solches Verhalten der Bayr. Granit-U. C. erneut zum Nachdenken/veranlaßt und lernen das Spiel der Unternehmer durchschauen. Das ist also in diesem Fall die Kraft, die Böses will, jedoch Gutes schafft! Nur so weiter, die Saat wird schon aufgehen.

Aus unserer Beruf und Industrie. Im März 1921 kam die Notlage der Natursteinindustrie im bayerischen Landtage zur Sprache. Die Regierung ließ in einer langen Erklärung durchblicken, daß die Notlage wohl bestehe, aber — Staat und Gemeindefiskus fehlte es an finanziellen Mitteln. Nachdem folle alles beruht werden, die wirtschaftliche Lage in der bayerischen Steinindustrie zu mildern.

Im Sächsischen Landtage kam am 24. Mai die drohende Arbeitslosigkeit in der sächsischen Granitwerkstein-Industrie kurz zur Sprache. Der Regierungsvertreter erwiderte, daß Arbeitsaufträge bereits herausgegeben wurden und noch weitere in Aussicht stehen.

Ueber Steinindustrie, Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage, wird im Reichsarbeitsblatt (Nichtamtlicher Teil) immer nur spärlich berichtet. Für den Monat Mai liegen folgende Notizen vor: „Einige Steinbruchbetriebe melden, daß infolge der Frachterhöhung am 1. April 1921 alle Lager geräumt werden konnten. Der Rückschlag ist anscheinend schon eingetreten; die Aussichten für den kommenden Monat werden durchweg als schlecht bezeichnet.“ — „Die Bafalindustrie in Nordbayern fürchtet, falls dem Absatz ihrer Produkte nach dem Ausland Schwierigkeiten entgegenzutreten, wegen der geringen Absatzmöglichkeiten im Inlande umfangreiche Betriebseinsparungen vornehmen zu müssen.“

Betriebsräte der Granitschleifereien!

Aus allen Teilen des Reiches mehrten sich die Klagen über die Erschwerung des Absatzes von Granitdenkmälern, insbesondere im polierten Zustande. Nicht genug, daß Denkmäler aus diesem vorzüglichen, wetterfestesten Material für den gewöhnlichen Sterblichen wegen ihres hohen Preises unerschwinglich sind, wird der in zahlungsfähigen Kreisen mögliche Absatz durch bis zu Verboten ausartende Friedhofsverordnungen erschwert bzw. gänzlich unterbunden. Sich diesen Verordnungen als etwas Unabänderliches fügend, hat das Publikum in vielen Orten des Kaufes dieses schönen Materials sich bereits entwöhnt und verlangt nur noch ausnahmsweise nach diesem. In solchen Einzelfällen wird dem Publikum der Kauf von Granit wohl gar noch ausgedehnt, weil die granitfeindlichen Verordnungen den Geschäftsinhabern die Unterhaltung eines nennenswerten Granitdenkmallagers nicht gestatten.

Was Verbote nicht zuwege bringen, wird vielfach durch einseitige, willkürliche Handhabung der Genehmigung von Entwürfen durch unsachverständige Organe nachgeholt. Durch solches Gebaren wird das an und für sich schon schwer um seine Existenz kämpfende Grabmalgewerbe aufs schwerste geschädigt.

Wir ersuchen die Betriebsräte der Granitschleifereien alles ihnen erreichbare Beschwerdematerial zu sammeln, wobei ihnen die Betriebsleitungen gewiß gern behilflich sein werden und an den Zentralvorstand einzulenden, der dasselbe dann in geeigneter Weise verwenden wird, um zur Wiederbelebung der Granitschleifereindustrie beizutragen.

Gewerkschaftliches. Für die dem Ufa-Bund angeschlossenen Verbände soll am 11. und 12. September 1921 der 1. „Gewerkschaftskongreß“ in Düsseldorf stattfinden. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Neuorganisation des Ufa-Bundes. 2. Vereinheitlichung und Demokratisierung des Arbeitsrechts. Referent: Prof. Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt am Main. 3. Die Neuordnung der Sozialversicherung. Referent: Helmuth Lehmann, Dresden, Geschäftsführer des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen. 4. Verschiedenes.

Daß man nun eine solche Tagung auch Gewerkschaftskongreß nennt, will uns nicht praktisch erscheinen. Zur klaren Ueberlicht trägt es sicherlich nicht bei. Als solcher kann eigentlich nur eine Tagung genannt werden, die alles umfaßt, was sich direkt oder indirekt im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund konzentriert. Das sind die drei sogenannten Organisations-Säulen — Arbeiter, Angestellte, Beamte — die verbunden durch ein „Dekret“, wie es in unserer Verfassung heißt, nach außen hin als Ganzes zu erscheinen haben. (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — Gewerkschaftskongreß.)

Die Wahrung der Konsumenteninteressen. Die letzte Kaltpreisenerhöhung und die Haltung, die einzelne Angestelltenvertreter bei dieser Gelegenheit eingenommen haben, gaben dem Vorstand des Ufa-Bundes Veranlassung, sich in seiner Sitzung vom 11. Mai 1921 eingehend mit der Stellung von Angestelltenvertretern in wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern zu befassen. Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß es nicht angängig ist, lediglich deshalb für eine Preisenerhöhung zu stimmen, weil gleichzeitig der beteiligten Angestelltengruppe eine Gehaltsenerhöhung zugesichert wird. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik muß das Ziel haben, den Angestellten einen wachsenden Anteil am Produktionsertrag zu sichern. Es kann aber nicht Aufgabe der Angestellten sein, baskwirtschaftlich ungerechtfertigte Preisenerhöhungen damit zu beden, daß sie zeitlich mit Lohnsteigerung verbunden werden. Die Arbeitnehmervertreter in den Selbstverwaltungskörpern, wie Ratrat, Eisenwerkstattsbund usw., dürfen sich nicht dazu hergeben, ihre Entscheidungen lediglich vom kapitalistischen Produzentenstandpunkt zu treffen, sondern müssen vor allem auch die Konsumenteninteressen wahren. Es wird den Arbeitnehmervertretern empfohlen, bei der Beurteilung der Lage in dem einzelnen Industriezweig insbesondere auch eingehende Prüfungen über die Selbstkosten anzustellen.

Internationaler Gewerkschaftsbund und Oberschlesien. Am 20. Mai hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in einer Sitzung auch zu dem polnischen Aufstand in Oberschlesien und zu den vorgekommenen feindseligen Handlungen zwischen polnischen und deutschen Arbeitern Stellung genommen. Wie der Sekretär Dubsgeest mitteilte, hatten sich die von den deutschen Gewerkschaften eingereichten Be-

würden über den polnischen Terror so sehr gehäuft, daß der Ausschuss sich entschloß, die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaftsverbände in Warschau und eine Kommission aus Oberschlesien zu der Vorstandssitzung zuzuziehen. Die ober-schlesische Kommission konnte jedoch nicht nach Ausgehbar kommen, weil, wie Reipart namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung mitteilte, infolge der polnischen Besetzung keine Verbindung mit den Genossen in Oberschlesien herzustellen war. Reipart erhob lebhaftes Bedauern über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begründung durch die französische Besetzung, aber auch über die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien, die schon in einem Rundschreiben vom 22. März gegen alle deutschen und polnischen Arbeiter, die bei der Abstimmung am 20. März für Deutschland votiert hatten, die Drohung richteten, daß „diese Renegaten damit ihr eigenes wirtschaftliches Todesurteil gesprochen“ hätten. Das sollte heißen, wie es weiter in dem Rundschreiben auch offen ausgesprochen war, daß man ihre weitere Beschäftigung im ober-schlesischen Industriegebiet nicht zulassen werde. Der Vertreter der Gewerkschaften Polens, Zulawski, aus Warschau, bezeichnete die polnische Organisation, die dieses Rundschreiben erlassen hat, als eine gelbe und nationalistische Gewerkschaft. Er bedauerte die vorgekommenen Gewalttätigkeiten und hielt den ganzen Aufstand für überflüssig und daher zwecklos, lehnte es aber ab, die beteiligten Leute schon zu verdammen, weil man sie erst hören müsse. Weiter behauptete der Vertreter Polens, daß auch die deutschen Arbeiter nicht schuldlos seien, sondern daß auch ihnen Gewalttätigkeiten gegen polnische Arbeiter nachgewiesen werden könnten. So war seine Rede, wie der Vertreter Deutschlands in seiner Erwiderung feststellte, im Grunde genommen doch nur eine Verteidigung des polnischen Aufstandes. Auch Dubsgeest meinte deshalb am Schlusse der mehrstündigen Aussprache, er hätte gewünscht, daß Zulawski weniger nationalistisch gesprochen hätte. Das Ergebnis der Beratung war, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Jouhaux (Paris), Williams (London) und Himmen (Amsterdam) bestehende Untersuchungskommission beauftragt nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern die nötigen Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Soziales. Jugend und Unfall. In welcher Weise die Jugendlichen im modernen Arbeitsleben gesundheitlich gefährdet sind, beweist uns der Jahresbericht der Papierverarbeitung-Verfäsgenossenschaft, die folgende statistische Angaben bringt: Von den Unfalltoten entfallen 14,2 Prozent auf Jugendliche unter 16 Jahren, von den an Maschinen erlittenen Unfällen 16,9 Prozent. Auf Jugendliche bis zu 17 Jahren kommen 22,4 Prozent, von den Unfällen durch Maschinen 26,5 Prozent! Also mehr als ein Viertel der an Maschinen Verletzten waren Jugendliche unter 17 Jahren. Und 24 Prozent von den durch Maschinen Verletzten erlitten so schwere Verletzungen, daß sie dauernden Schaden davontrugen, bzw. mit Unfallrente entschädigt werden mußten. Diese Zahlen zeigen uns, wie mangelhaft der Arbeiterschutz noch ausgestaltet ist. Sie zeigen aber auch, wie rentabel ein vollendeter Schutz sein würde, und wie kurzichtig das kapitalistische Unternehmertum ist, das immer und immer wieder seine Rentabilitätsberechnungen dem kämpfenden Proletariat vorhält.

Krankheit und Verbrechen. Bezel veröffentlicht in den Abhandlungen aus dem Gesamtgebiete der Kriminalpsychologie (Heft 3) eine Arbeit über Verbrechensursachen. Er kommt darin auf Grund seiner Untersuchungen an 119 Massenmördern — unter Berücksichtigung von Zufalls- und politischen Mördern, von Raubmördern und von professionellen Giftmördern — zu dem Resultat, daß der Anteil der Geisteskranken unter diesen Mördern außerordentlich hoch ist. Früher hatte man diese Mörder aber trotzdem alle verurteilt. Und ebenso wird man es in späteren Zeiten unbegreiflich finden, daß man heute nicht auch die kranken Lebensverhältnisse bei Verbrechen berücksichtigt hat, die kranken Lebensverhältnisse, aus denen heraus die meisten Verbrechen entstehen. Macht den Baum gut, sagte Jesus, und er wird gute Früchte tragen. Das gilt vom Einzel- wie vom Volkskörper. Erst der Sozialismus wird diesen wahrhaft christlichen Geist bei-

Arbeitszeit und Unfall. Nach dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919 ist die Gesamtzahl der bei allen Gewerbeaufsichtsämtern gemeldeten Unfälle im Jahre 1919 auf 18 150 gegen 22 357 im Vorjahre oder 2,8 Prozent gegen 3,5 Prozent der gezählten Arbeiter zurückgegangen. Im Bereiche der Bergwerksaufsicht sind 5994 Unfallanzeigen (oder 13,5 Prozent) gegen 7288 (oder 17,2 Prozent) vorgelegt worden. Dieser große Rückgang der Unfälle wird von den Beamten in erster Linie auf die Verkürzung der Arbeitszeit zurückgeführt. Auch fällt hierbei ins Gewicht, der Ersatz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter bei schwereren und gefährlichen Arbeiten durch die vom Seeresdienst entlassenen alten geschulten männlichen Facharbeiter. Das zeigt zugleich, wie wichtig die Menschenökonomie im Betriebe ist, das heißt, die Verwendung der geeigneten Arbeitskräfte. Nach dem Leipziger Berichte ist nicht nur die im Kriege eingetretene Steigerung der Unfallhäufigkeit mit dem Aufhören der Kriegsarbeit wieder verschwunden, sondern das Verhältnis der Unfälle zur Summe der gezählten Arbeiter war sogar günstiger als im letzten Friedensjahre. Darum wird es das Proletariat immer dulden können, daß man die Arbeitszeit wieder heraufsetzt, wie es heute schon verschiedentlich für nötig gehalten und versucht wird.

Das wirtschaftliche Verständnis des Proletariats. In 300 Industrieanlagen der Vereinigten Staaten ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an der Betriebsverwaltung eingeführt worden. Darunter befinden sich Unternehmungen größten Ausmaßes, wie z. B. Standard Oil Companies. In den meisten Fabriken ist das neue System vor etwa drei Jahren eingeführt worden. Und zwar mit dem Erfolge, daß die Arbeitskämpfe in gesunden Bahnen als vordem verliefen, wie es heißt. Die Arbeitnehmer werden, so wird weiter berichtet, den Aufgaben, die ihnen durch die Mitberatung in einzelnen Fragen der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse erwachsen, gerecht. Auch die ungelerten Arbeiter zeigen sich nach den Erfahrungen bei der Standard Oil Company Verständnis für die schwierigeren Probleme des Wirtschaftslebens.

Krankheit und soziale Lage. Ueber die engen Beziehungen, die zwischen Krankheit und sozialer Lage bestehen, und die in der ganzen internationalen proletarischen Welt vorhanden sind, schreibt Pringling in einer Arbeit über „Die Bevölkerungsbewegung in Europa und Amerika“ in den „Sozialhygienischen Mitteilungen“. Die Sterblichkeit der Zugewanderten ist bis zum 45. Jahre beim männlichen Geschlecht, bis zum 35. Jahre beim weiblichen Geschlecht kleiner, als die der eingeborenen Weibchen. Später ist sie erheblich höher durch die schlechte soziale Lage der von Haus aus sehr gesunden Personen. Je größere Triumphe der Kapitalismus feiert, um so schlimmer das Los des Proletariats. Und darum im Lande des Dollars dieser schädliche Einfluß auf die Gesundheit der gesunden Eingewanderten. Daß die proletarische Gesundheit um so größer ist, je weniger scharf der Kapitalismus in die Erscheinung tritt, zeigt sich auch an einer anderen Feststellung. Die Sterblichkeit ist in Amerika in den Jahren der Haupterwerbstätigkeit größer als in England und Deutschland. Da ist es nur zu verständlich, daß die proletarische Gesundheit um so mehr steigen wird, je mehr das Proletariat den Kapitalismus bekämpft.

Lebensmittelbergeudung. Seit Jahr und Tag brüht eine schwere Nahrungsnot das Proletariat nieder. Der hart frönende Arbeiter, seine Frau, die mit ihrem Blut den Nachwuchs zum Leben erweckt und im Haushalt von früh bis spät sich abmüht, seine Kinder, deren zarter, schwächlicher Körper sich kräftigen soll, sie alle leiden unter unzureichender Nahrung. Kein Wunder, daß Unterernährung und Märrarmut, Nerven-schwäche und vor allem die Schwindsucht sich immer mehr ausbreiten! Vom Ausland können wir infolge unserer gänzlich zerrütteten Finanzen Lebensmittel nur in beschränkter Menge einführen, im Inlande aber hatten die Landwirte in immer größerem Umfange die ablieferungspflichtigen Erzeugnisse zurück, sie veräußern für

Bringen sie zu einem für den Arbeiter unerschwinglichen Preise in den Schleichhandel. Daneben werden noch riesige Mengen wertvoller Nahrungsmittel durch Vergärung in Brauereien und Brennereien der Volksernährung entzogen, — mit gültiger Genehmigung der Regierung und des Reichstags! Auf diese in der Zeit drückendsten Nahrungsmangels genoss unterantwärtliche Vergütung von Gerste, Kartoffeln, Jüder, Obst usw. weist der Arbeiter-Abstinenten-Bund in seinem neuesten Flugblatt hin. Man habe im Wirtschaftsjahr 1920/21 u. a. für die Brauereien 1/2 Millionen Zentner Gerste genehmigt, d. h. für vier viermal soviel Gerste wie für Graupen, 2mal soviel wie für Rindermehl, 100mal soviel wie für Malzgetraide. Sollen die darübenden Volksmassen sich mit weniger Brot und Nahrungsmitteln begnügen, sollen Gure eigenen Kinder und Frauen Grütze, Graupen, Floeden, Zwiebad, Malzgetraide entbehren, damit Bier gebraut werden kann? Die Arbeiterorganisationen wählten sich dafür einsehen, daß alle Lebensmittel restlos der Ernährung des Volkes zugute kommen, und kein Arbeiter dürfe die schändliche Mißwirtschaft durch sein Trinken weiter fördern. — Zweifellos verdient die im Flugblatt behandelte Frage die größte Beachtung der gesamten Arbeiterschaft.

Genossenschaftliches. „Die Heilbronner Bauarbeitergenossenschaft hat — so berichtet die Süddeutsche Sonntagszeitung — durch die Ausschaltung unberechtigter Unternehmergewinne zur Verbilligung des Bauens sehr viel beigetragen. Die Bauunternehmer haben ihr deshalb „Schmutzkonturrenz“ vorgeworfen. Daß dieser Vorwurf keine Berechtigung hat, geht schon daraus hervor, daß die Genossenschaft in ihrem ersten Geschäftsjahr trotz aller Schwierigkeiten des Anfangens einen Reingewinn von 22 000 M. hatte. Den Bauunternehmern, die feinerzeit an den Wohnungsbauten der Postverwaltung (hinter dem Südbahnhof) allein an 200 Kubikmeter Sandsteingemäuer 40 000 M. verdient haben, mag das freilich wenig scheinen. Bei der Vergütung der Gipserarbeiten an den Postwohnungen hat die Gipserinnung Mitte Februar 145 671 M. gefordert, die Bauarbeitergenossenschaft 133 191,50 M., also 12 480 M. weniger. Die Gipserinnung soll damals der Oberpostdirektion gegenüber erklärt haben, zu diesen Preisen könne die Genossenschaft nicht arbeiten. Offenbar ist es doch der Fall, wie man sich an Ort und Stelle überzeugen mag. Der Auftrag ist nämlich geteilt worden; 3 Gebäude werden von der Bauarbeitergenossenschaft, eines von der Innung fertiggestellt. Nun ist in diesen Tagen die Gipserarbeit an dem Zehnreihenhaus der Stadt Heilbronn vergeben worden. Dabei sind folgende Angebote gemacht worden: Bauarbeitergenossenschaft rund 44 500 M., Gipserinnung rund 48 200 M., Gipsermeister Throm 42 200 M. Hier sind also die Unternehmer auf einmal billiger als die Bauarbeiter! Besonders wirkungsvoll macht sich die Gegenüberstellung einiger Einzelposten. Für den Quadratmeter Lagenannter „Reich“ verlangte die Innung im Februar (Postwohnungen) 6,90 M., heute 4,20 M., Gipsermeister Throm aber nur 2,20 M. Die Genossenschaft hatte im Februar 4,50 M., heute (infolge einer kleinen Senkung der Materialpreise) 4,30 M. verlangt. Für Wäschflächenverputz sind die entsprechenden Zahlen: Innung im Februar 18,50 M., Genossenschaft 13 M., Innung heute 12,50 M., Genossenschaft 11 M., Gipsermeister Throm 6 M. Dedenputz: Innung im Februar 13,25 M., Genossenschaft 13,50 M., Innung heute 12,50 M., Genossenschaft 14 M., Throm 11 M. Was soll man zu dieser Gegenüberstellung sagen? Daß die Innung seit Februar von 6,90 M. auf 4,20 M. herabgeht, mag als Wirkung der Konkurrenz der Bauarbeitergenossenschaft begrifflich (und erfreulich) erscheinen; aber wie kann ein einzelner Privatunternehmer dieselbe Arbeit um 2,20 M. machen wollen? Wie kann er einen Verputz, für den sonst 11 bis 12,50 M. verlangt werden, um 6 M. herstellen? Kann das mit rechten Dingen zugehen, oder darf man nun vielleicht hier von Schmutzkonturrenz sprechen? Noch ein Beispiel zur Ergänzung: Für den Abhub von Erdmassen hinter dem Gebäude des Wohnungsvereins in der Götthstraße hat die Bauarbeitergenossenschaft mit 14,50 M. pro Kubikmeter abgegeben; ein Bauunternehmer (Schultraß) mit 10,95 M. Für dieselbe Arbeit sind vor nicht allzu langer Zeit am selben Platz von Unternehmenseite ca. 24 M. verlangt worden. Es handelt sich hier um eine Arbeit, bei der kein Material in Betracht kommt, sondern nur die Arbeitslöhne, die gegen früher gestiegen sind. Man kann sich also ungefähr denken: 1. was damals von den Unternehmern für Gewinne gemacht worden sind, 2. warum sie heute auf einmal so unerbittlich billig geworden sind.“

Wenn die sozialen Baubetriebe derartige Preisstufenungen zustande bringen, ist der Kampf der Unternehmer gegen diese Betriebe begrifflich.

Beachtliche Notizen. Die Förderung der Jugendwanderer hat eine Eingabe zum Ziel, die der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen Deutschlands (Berlin SO 16, Engelauer 15) (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der Arbeiterjugendvereine, sozialistische Proletariatsjugend) an den Reichstag gerichtet hat. Es werden folgende Forderungen erhoben:

1. Die vor einiger Zeit erfolgte Einschränkung der Gewährung von Fahrpreismäßigungen auf solche Jugendwanderungen, die die Dauer von drei Tagen nicht übersteigen, ist wieder zu beseitigen.
2. Die Beförderung soll in der 4. Klasse der Personenzüge zum halben Preise erfolgen.
3. Die Mindestteilnehmerzahl muß fünf Personen betragen, auf die ein Führer kommen muß. Auf je zehn weitere Jugendliche darf höchstens ein weiterer Führer entfallen.

Diesen Forderungen wurde eine eingehende Begründung beigefügt. Niemand ist darüber im Zweifel, daß der werttätigen Jugend mehr als bisher Gelegenheit geboten werden muß, die Schönheiten der Heimat kennen zu lernen. Einen Schritt dazu stellen diese Forderungen dar; zum Wohle der Jugend hoffen wir, daß sie bald in Erfüllung gehen, wenn auch fiskalische Rücksichten im Wege stehen.

Kostenerstattung für Schweizer Kuren von Kriegsbeschädigten. Es häufen sich die Fälle, daß Kriegsbeschädigte beim Reichsarbeitsministerium die Kostenerstattung für Kuren beantragen, die sie selbständig und ohne Vermittlung der zuständigen Behörden im Ausland, namentlich in der Schweiz, durchgeführt haben. Bei der ungünstigen Bewertung der Kure handelt es sich dabei um Beträge, die häufig über 100 000 Mark hinausgehen. Das Reichsarbeitsministerium ist nicht in der Lage, diese Kosten zu übernehmen. Kriegsbeschädigten, die glauben, eine Kur im Ausland notwendig zu haben, wird deshalb dringend geraten, diese nur durch Vermittlung der zuständigen Behörden zu bewerkstelligen. Hierbei können zur Zeit nach Lage der Dinge nur Höhenkururen für Lungentranke in Davos in Frage kommen.

Wissenswertes über Druckfehler. Ueber Druckfehler macht die „Thüringer Waldpost“ die folgenden Ausführungen: Druckfehler sind Irrtümer, die weder der Setzer noch der Korrektor embeidet, sondern nur der Leser. Während manche Völker für die Fehler der Regierung büßen müssen, muß den Druckfehler seines Blattes, den er nicht gemacht hat, der Schriftleiter büßen, und zwar doppelt: erstens ärgert er sich selbst, und dann ärgern ihn sieben geschickte Leser. Druckfehler gehören zu den unvermeidlichen Eigenschaften jeden Druckerzeugnisses, das in Eile und Hast hergestellt werden muß. Sie verhalten sich wie Rost und Eisen, wie die Gese zum Wein, nur mit dem Unterschied, daß vor dem Druck noch niemand weiß, ob sie fehlen oder ob sie da sein werden. Mancher Satz wird überhaupt erst lesenswert durch einen Druckfehler. Der Schriftleiter freilich kann davon sagen: „Nur wer die Praxis kennt, weiß was ich leide.“ Solange musiziert und getrunken wird, wird es falsche Töne, solange geschrieben und gedruckt wird, wird es Schreib- und Druckfehler geben. Es scheint ein alter Kalenderreim am besten darauf zu passen:

Gib, Leser, nicht so scharf auf alle Fehler acht,
Denn niemals ist ein Blatt und der der es gemacht,
Und der, der es gelesen,
Von allen Fehlern frei gewesen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Beim Uebertritt aus den Jahrestellen Bücher mitsendend.

Es ist schon wiederholt gemeldet worden, daß bei „Uebertritt“ ein neues Mitgliedsbuch oder Internatskarte mit anzufügen ist. Vorläufige Mitgliedsbücher sind in jeder Jahrestelle vorhanden. Es ist schon wegen der Nummern praktisch und schon weiter den Bestand der Bücher in der Hauptstelle. Eine Neuausgabe ist eine große Ausgabe.

Bekanntmachungen der Jahrestellen und Gauleitungen.

Lauterreden. Das Verbandsbuch Nr. 41 142, auf den Namen Jakob Jung ausgestellt, ist entwendet worden. Auch ist hiermit unglücklich. Vor Mißbrauch wird gewarnt!

An die Jahrestellen des 4. Gaues! Die Jahrestelle Hannover beschloß in ihrer letzten Versammlung, dem verstorbenen Kollegen Paul Biewig (Gauleiter im 4. Gau) einen Gedenkstein zu setzen. Die Hinterbliebenen des Kollegen Biewig sind hierzu nicht in der Lage. Für die Jahrestelle Hannover allein ist es aber auch schwer, die nötige Summe zusammenzubringen, um ein dem Gedenkreuz und der Sache entsprechendes Denkmal zu beschaffen. Deshalb bitten wir die Jahrestellen des 4. Gaues, uns in dem Vorhaben zu unterstützen. Etwasige Geldbeiträge sind an den Kassierer der Jahrestelle Hannover, Kollegen Otto Brunotte, Schloßwendergarten 11, zu senden.

Die eingegangenen Beträge werden im „Steinarbeiter“ veröffentlicht.

Mit kollegialem Gruß!
Jahrestelle Hannover.
J. A.: Otto Stapel, Vorsitzender.

Briefkasten.

Schriftführer und Artikelschreiber! Beachtet bitte bei Einsendungen für den „Steinarbeiter“:

1. Schreibe niemals beide Seiten.
 2. Schreibe nicht mit Bleistift.
 3. Kürze keine Worte, sondern schreibe jedes Wort vollständig aus.
 4. Korrigiere keine Worte, sondern streiche Falsches aus und setze das Richtige daneben oder darüber.
 5. Nimm nicht zu große Bogen.
 6. Schreibe die Zeilen nicht zu eng.
 7. Schreibe niemals „gestern“ oder „heute“, sondern dafür stets das Datum.
 8. Personennamen immer recht deutlich.
- Der Redakteur hat keine Schreibhilfe und keine Zeit, die Einsendungen nochmals abzuschreiben.

B. M. Deine Maschine scheint recht gut zu funktionieren, aber eine kräftige Abreibung der Typen mit Benzol und Bürste (weiche Zahnbürste) macht die Schrift noch klarer.

Hamb. M. Das Denkmal ist fertiggestellt, es hat sich ohne Schwierigkeit ein B. gefunden. Ihr Anerbieten ist jedoch recht erfreulich und kollegial.

Adressenänderungen.

- 5. Gau.
Schabel b. Rimburg a. Bahn. Vorf.: Heinrich Suggus, Raff.: Willh. Harbt.
- 7. Gau.
Selbitz. Vorf.: Paul Heinrich, Sellanger, Post Köditz.
- 8. Gau.
Fechenbach a. M. Vorf.: Ernst Beuner.
Rothenburg o. Tauber. Raff.: Georg Reibel, Stollengasse 23 I.
Schwebenried bei Schweinfurt. Vorf.: Christian Strobel; Raff.: Walthasar Weber.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Sowjet“. Kommunistische Zeitschrift. 3. Jahrgang, Heft 2 liegt vor; herausgegeben von Paul Levi. Verlag A. Seehof & Co., Berlin C 54, Neue Schönhauser Straße 9. Preis des Einzelheftes 2 Mark. Vierteljahr 11 Mark. Erscheint halbmönatlich. Probehefte vom Verlag gegen Einsendung von 2 Mark. Im selben Verlag erschien:

Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Von Paul Levi. Seine Rede „in der Sitzung des Zentralausschusses der RAPP, am 4. Mai 1921“. Preis 2 Mark.

Eine Festschau seiner Zeitschrift „Der freie Angestellte“ bringt der Zentralverband der Angestellten zu seinem ersten Verbandstag heraus. Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, würdigt die Zusammenarbeit der Arbeitergewerkschaften mit dem BdA, der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, E. Aufhäuser, seine Stellung in der Angestelltenbewegung. Der Verbandsvorsitzende Karl Siebel gibt einen Rückblick und Ausblick, der Vorsitzende Urban eine Schilderung der Stellung des BdA in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung. In einem Aufsatz „Wie wir wurden“ wird kurz die Entstehung der Handlungsgehilfen- und Bureauangestellten-gewerkschaft geschildert. Eine Statistik über die Zahl der weiblichen Mitglieder bildet den Abschluß der Festschau der gut ausgestatteten Ausgabe. Sie gibt ein Bild des kraftvollen Wachstums der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Angestellten-gewerkschaft. Auch die vielen vom Zentralverband der Angestellten herausgegebenen Fachzeitschriften nehmen in Vorkurs führender Personen zum Verbandstag Stellung.

Die Geistesverfassung der russischen Volkswirtschaft. Auch ein Beitrag zur materialistischen Geschichtsauffassung. Von Dr. Ludwig Bendig. Preis 3 Mark. Herausgegeben von „Aufbau und Werden“. Der „Firn“, Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung, Berlin W 35.

Der Verfasser geht von der Frage aus: Worin besteht das bolschewistische System? Welches sind seine geistigen Grundlagen? Und er kommt in seinem völkerverständlichen wie sozialpsychologisch gleich interessanten Essay zu dem Ergebnis, daß das innerste Wesen des Bolschewismus aus zwei Quellen fließt: aus dem grenzenlosen feilschen Durst der russischen Volksseele nach Höherem, nach einem festen Ufer, nach einer neuen Heimat, wie ihn Dostojewski am ergreifendsten geschildert, und aus einer primitiven, robusten, unerschütterlich selbstbeherrschenden Auslegung des proletarischen Klassenkampfes, wie ihn der Marxismus seiner Geschichtsauffassung zugrunde gelegt. Aus seinen Seelenknoten, seinem leidenschaftlichen Erlebensdrange, seinem Glauben an das Heilantum brünstig verehrter Befreier flüchtete sich die russische Volksseele in den Bolschewismus, der alle historische Einseitigkeit und alle politische und soziale Führerschaft in dem kommunistischen Vortrupp, dem Starquentum Dostojewskys, vereint wähnt und daraus mit der Selbstherrlichkeit des Panatismus seine ungemessenen Ansprüche auf die jesuitisch-diktatorische Beherrschung nicht nur des russischen Volkes, sondern der ganzen Welt herleitet.

Bendig hat seinen Nachweis, daß der Bolschewismus nur die konsequente Materialisation russischer Mauth- und Schwärmer-naturen ist, mit viel Geist durchgeführt. Aber er glaubt, daß die durch ihn verkörperte „Starquentheorie des Vortrupps“ nur dadurch ernstlich bekämpft werden kann, daß man die Arbeiterbewegung „von den hohlen Schlagwörtern und undurchdachten und unheilbaren Marxismen“ befreit und sich zur wirklich revolutionären Lehre von der neuen Geistesverfassung nicht bloß des Vortrupps, sondern jedes einzelnen in der Masse durchringt. Nur wenn die Masse selbst von neuem Geiste erfüllt sei, nur wenn in ihrem Willen die neue Ordnung der Dinge vorgebildet sei, könne sie geschaffen werden und Bestand haben. Ein neuer Marx werde die neuen Mittel und

Waffen des neuen Geistes zu finden und zum Allgemeingut der Masse zu machen haben.

„Stammt der Mensch vom Affen ab?“ Auf diese, die forschende Menschheit so lebhaft beschäftigende Frage, gibt Gg. Engelbert Graf in einer Broschüre mit gleichem Titel, die als 3. Heft der Sammlung „Proletarische Jugend“ in der Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin C 2, erschienen ist, Antwort. Dieses Büchlein ist eine Fundgrube naturgeschichtlicher Belehrung, eine glänzende Popularisierung der Abstammungstheorie! Diese Schrift kann jeder Arbeiter, jede Arbeiterin lesen: Sie vermittelt Wissen in leicht verständlicher Form. Der Arbeiterjugend insbesondere dürfte die Schrift zur Aufklärung und Anregung eine willkommene Gabe sein. Der Preis der Schrift, die durch die Buchhandlung Freiheit, Berlin C 2, Breite Straße 8—9, zu beziehen ist, beträgt 4 Mark. Bei Partiebefellungen durch die Organisationen gewährt der Verlag Preisermäßigung.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 9. Heft vom 2. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 1,50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mark. Probenummern stehen jeberzeit zur Verfügung.

Vom Wahren Jacob ist soeben die 11. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 60 Pfennig. Probenummern sind jeberzeit durch den Verlag J. G. W. Dieß Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Berichtungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Wischhofheim o. d. Rhön. Hier am 19. Juni Bezirksversammlung im Gasthof „zum Stern“, mittags 1 Uhr (Obereichenbach, Oberriedenberg, Nordheim, Roth (Rhön), Wischhofheim.)

Karlruhe. Sonnabend, den 11. Juni, abends 1/8 Uhr, im Schepfelhof.

Anzeigen

Trotz sorgfältiger Prüfung aller Arbeitsangebote ist nicht zu vermeiden, daß hin und wieder ein unterläuft, wo das Verhalten des betreffenden Arbeitgebers alles andere notwendig erfordert, nur keine Vermittlung von Arbeitskräften durch den „Steinarbeiter“. Daraus erwächst die Pflicht für unsere Kollegen, nicht sofort an Ort und Stelle zu fahren, sondern sich erst über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse schriftliche Unterlagen zu verschaffen. Manche Enttäuschung wird damit vermieden, auch mancher Groll gegen den Redakteur.

Mois Hilger mo steckst Du? Es sucht Dich dein Freund Oskar Johannsson Janaberga (Schweden)

Entwürfe, Alphabete, Verzierungen und Grabmalsschriften zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen). Verlangen Sie Schriftmuster.

Granitsteinmetz und Schleifer.

die selbständig faubere Arbeiten liefern und in allen Denkmalsarbeiten gut eingearbeitet sind, gegen tarifmäßigen Lohn sofort gesucht.

Hamelner Granitwerk, Hameln a. d. Weser.

Tücht. jung. Steinmetz, auf Granit und Sandstein stellt für F. Hell, Steinbildhauerei, Zeven (Hannover).

Tüchtige Plastermacher und Bruchspalter bei gutem Lohn gesucht. Unterkunft vorhanden. Braunlager Granit u. Schotterwerke Gildenberg & Stielingsdorf, Braunlage i. Harz.

6 tüchtige Maschinenschleifer für Granit bei hohem Lohn sofort gesucht. Granit- und Diabaswerke, Paul Burger, Ing. Baumholder, Reg.-Bez. Trier.

2 tüchtige Steinmetzen

sofort gesucht. Stundenlohn 6 Mark.

Paul Bohnisch, Helzen (Hannover)

Suche **tüchtigen Steinmetz** auf Grabsteinarbeit. Stundenlohn einen tüchtigen Steinmetz 5,50 bis 6.— M. E. Kohlhards Nachf., Inh. Richard Hofe, Wittendberg, Bea. Halle.

Steinhauer oder Steinmetz, zuverlässig und solid, mit gründlichen Kenntnissen im Abbau, sowie in der Bearbeitung von Diabas, im Umgang und der Beschäftigung von Arbeitern gewandt und erfahren, findet dauernde Stellung. Welsbunnen an die Schriftleitung d. Bl.

1 tüchtigen Granitarbeiter u. 1 tüchtigen Schriftbauer stellt sofort ein. Stundenlohn 6,50 M.

Herm. Jagdmann, Stettin, Basewaller Chaussee.

Steinmetzen für Sandsteinarbeiten sucht zu dauernder Beschäftigung bei gutem Lohn. Auch Winterarbeit vorhanden. E. Dürr, Hoverswerda.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterkraft ins Leben gerufene

Volkfürsorge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktivengesellschaft

Hamburg 5

überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.)

In **Wepig-Rackwitz** am 4. Mai die Arbeiterin **Auguste Heidrich**, 70 Jahre alt, Augenentzündung.

In **Bielefeld** am 7. Mai der Sandsteinmetz **Paul Lehmann**, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Mühlbach** am 12. Mai der Sandsteinmetz **Andreas Müllmaier**, 38 Jahre alt, an den Folgen einer Kriegsbeschädigung.

In **Seppenheim** am 17. Mai der Granitsteinmetz **Adam Winter**, 48 Jahre alt, Bluthru.

In **Seigenbrücken** am 18. Mai der Sandsteinmetz **Josef Staab II**, 35 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Berlin** am 19. Mai der Hilfsarbeiter **Otto Grobe**, 53 Jahre alt, Nierenleiden.

In **Haffersode** am 28. Mai der Granitsteinmetz **Ferdinand Mack**, 21 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Kirchhamitz** am 24. Mai der Brecher **Heinrich Pausch**, 72 Jahre alt, Altersschwäche.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.